

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der CDU-Fraktion Abwasserbeiträge - Beitragszahler nach Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gerecht behandeln, Drucksache 6/3557

Rechtssichere Möglichkeiten einer künftigen Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit Hilfe eines externen wissenschaftlichen Gutachtens eine eingehende Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Anschlussbeitragsrecht nach § 8 KAG vorzunehmen und dabei rechtssichere Möglichkeiten einer künftigen Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft in den Blick zu nehmen. Dabei ist zu beachten, dass eine flächendeckende, hygienisch einwandfreie Versorgung mit sauberem Trinkwasser und eine gesundheits- und umweltgerechte Entsorgung des Abwassers mit kostendeckenden und bezahlbaren Entgelten als elementare Daseinsvorsorge gewährleistet werden muss. Das Gutachten und die Analyse sind dem Ausschuss für Inneres und Kommunales zeitnah, möglichst im Mai 2016, vorzulegen.
2. Nach gründlicher Auswertung dieses Gutachtens sollen - unter Einbeziehung der Meldungen der kommunalen Aufgabenträger über den Umfang ihrer konkreten finanziellen Betroffenheit - ausgewogene politische Entscheidungen zu Lösungsmöglichkeiten getroffen werden. In solche Lösungen müssen auch Überlegungen zu einer möglichst gerechten Verteilung der finanziellen Lasten und zu einer Unterstützung für solche kommunalen Aufgabenträger mit einbezogen werden, die durch die Rückzahlung von Anschlussbeiträgen und damit in Verbindung stehende weitere Folgen in wirtschaftliche Notlage geraten würden. Ziel ist es, dem Landtag bis zum 4. Quartal 2016 entsprechende Lösungsvorschläge vorzulegen.
3. Der Landtag bittet die kommunalen Aufgabenträger, vor Auswertung des Gutachtens keine vorschnellen Entscheidungen zur freiwilligen Rückzahlung aus bestandskräftigen Beitragsbescheiden zu treffen. Überlegungen zu einer Umstellung auf eine ausschließliche Gebührenfinanzierung sollten in intensiver Konsultation mit der Kommunalaufsicht angestellt werden.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinen aktuellen Entscheidungen zum Anschlussbeitragsrecht nicht das Kommunalabgabengesetz oder einzelne Vorschriften daraus für verfassungswidrig erklärt. Es hat vielmehr die langjährige Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes, wonach die zum 1. Februar 2014 veränderte Regelung des § 8 Abs. 7 Satz 2 KAG durch die Aufgabenträger zwingend auch auf frühere Fälle anzuwenden war, als unzulässige Rückwirkung verworfen.

Durch die Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen sind eine Vielzahl von Beitragsbescheiden, die kommunale Aufgabenträger im Vertrauen auf die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes erlassen hatten, nachträglich als rechtswidrig zu qualifizieren. Betroffen davon sind nicht nur die Beiträge für „Altanschließer“ aus DDR-Zeiten. Vielmehr können auch Fälle von „Neuanschließern“ betroffen sein, deren Grundstücke bereits vor dem 1. Januar 2000 an die kommunale Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung anschließbar wurden.

Die kommunalen Aufgabenträger sehen sich angesichts dieser Entwicklung massiven Rückforderungen ihrer Bürgerinnen und Bürger – auch für schon bestandskräftig gewordene Bescheide, für die keine gesetzliche Rückzahlungspflicht, aber ein gesetzliches Vollstreckungsverbot besteht - ausgesetzt. Vielerorts wird sogar die Forderung laut, alle Beiträge zurückzuzahlen – also auch solche, die von der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes gar nicht betroffen sind – und künftig nur noch Gebühren zu erheben.

Die Auswirkungen der Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen sind – in rechtlicher Sicht - ausgesprochen kompliziert und vielschichtig und besitzen zudem eine ganz erhebliche wirtschaftliche und politische Dimension. In diesem Zusammenhang sollten voreilige Entscheidungen vermieden werden.

Es ist notwendig, kluge, überlegte und politisch ausgewogene Lösungsstrategien zu entwickeln. Dafür muss durch die Siedlungswasserwirtschaft zunächst geprüft werden, in welchem wirtschaftlichen Umfang ihre kommunalen Aufgabenträger von der neuen Rechtsprechung betroffen sind. Parallel dazu ist es aber - mit Blick auf die Auswirkungen der Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg insgesamt – erforderlich, auf Landesebene die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen der Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen eingehend zu analysieren. Dabei müssen zugleich gangbare, aber auch rechtssichere Möglichkeiten einer künftigen Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft beleuchtet werden. Dies soll durch ein externes wissenschaftliches Gutachten geschehen, welches durch die Landesregierung vergeben und dem Ausschuss für Inneres und Kommunales vorgestellt wird.

Erst auf der Grundlage einer eingehenden Auswertung dieses Gutachtens ist es möglich und sinnvoll, landespolitische Entscheidungen zu treffen. Bei den in diesem Rahmen zu diskutierenden Lösungsstrategien muss der Grundsatz der Gerechtigkeit ebenso Eingang finden wie die Notwendigkeit der Rechtsicherheit und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit für die Siedlungswasserwirtschaft. Daher sind auch Überlegungen einzubeziehen, wie kommunalen Aufgabenträgern, die durch die Rückzahlung von Anschlussbeiträgen und damit in Verbindung stehenden weiteren Folgen in wirtschaftliche Schieflage geraten würden, durch das Land geholfen werden kann.

Um den landespolitischen Diskussionsprozess über eine Gesamtstrategie für die Siedlungswasserwirtschaft im Land nicht vorab zu beeinflussen, sollen die kommunalen Aufgabenträger gebeten werden, über die zwingende Rückzahlung betroffener, noch nicht bestandskräftiger Beitragsbescheide hinaus, keine vorschnellen Entscheidungen zu treffen, die im Nachhinein negative finanzielle Auswirkungen haben könnten.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE